

Mazedonien

Oliver Schwarz

„Wir haben einen Deal“, teilte der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras am 12. Juni 2018 der Öffentlichkeit mit.¹ Damit fand der seit gut einem Vierteljahrhundert zwischen Athen und Skopje andauernde Namensstreit ein vorläufiges Ende. Dem Einvernehmen nach soll die ehemalige jugoslawische Republik künftig Nord-Mazedonien heißen. Als Gegenleistung will Griechenland den Weg des Landes in die Europäische Union und die NATO frei machen.

Innenpolitische Entwicklung

Am 15. Oktober 2017 fand in Mazedonien die erste Runde der Kommunalwahlen statt. Nach dem im Mai 2017 erfolgten Machtwechsel galten die Wahlen als ein wichtiger Stimmungstest für den neuen Ministerpräsidenten Zoran Zaev. Diesen Test hat Zaevs Sozialdemokratische Liga Mazedoniens (SDSM) eindrucksvoll bestanden: Sie stellt nun in 57 von 80 Städten und Gemeinden den Bürgermeister. Dies sind 53 Mandate mehr als im Vergleich zu den Kommunalwahlen des Jahres 2013. Auch in der Hauptstadt Skopje gewann mit Petre Šilegov ein Kandidat der SDSM. Er löst damit den bisherigen Amtsinhaber Koce Trajanovski von der VMRO-DPMNE (Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für Mazedonische Nationale Einheit) ab. Überhaupt konnte die rechtskonservative Partei des nach elf Jahren abgewählten Premierministers Nikola Gruevski nur in fünf Städten und Gemeinden die Wahl für sich entscheiden: Sie verfügt damit über 51 Mandate weniger. Die an der Regierung beteiligte Demokratische Union für Integration (DUI) erzielte 10 Mandate. Die erstmalig an den Wahlen teilnehmende Allianz für die Albaner (AA) gewann in drei Städten und Gemeinden. Die übrigen Parteien, die albanisch-mazedonische Partei BESA (Ehrenwort), die Demokratische Partei der Albaner (DPA) und die Türkische Demokratische Partei Mazedoniens (TDP), erzielten jeweils ein Mandat. Auch bei der Wahl der Stadträte war die SDSM erfolgreich: Sie stellt nun 552 Räte, die VMRO-DPMNE 432. Die Wahlbeteiligung lag im ersten Durchgang bei 59,51 Prozent. Beim zweiten Wahldurchgang, der am 29. Oktober 2017 stattfand, lag die Wahlbeteiligung bei 51,92 Prozent.²

Euroatlantische Integration

In den Mittelpunkt seiner Regierungsarbeit hatte Zaev die Beschleunigung des euroatlantischen Integrationsprozesses und die Aussöhnung mit benachbarten Staaten gestellt. Hierzu wurde am 2. August 2017 ein Nachbarschaftsvertrag mit Bulgarien geschlossen. Dieser

-
- 1 Renee Maltezou/Kole Casule: 'We have a deal,' say Greece and Macedonia over name dispute, in: Reuters, 12.6.2018.
 - 2 Konrad Adenauer Stiftung/Institute for Democracy Societas Civils-Skopje: The Republic of Macedonia's Local Elections Handbook, Skopje, 22.12.2017, S. 151-154.

sieht vor, strittige bilaterale Fragen in die Obhut einer noch zu schaffenden Kommission zu übergeben. Bei einem Staatsbesuch im Kosovo am 12. Dezember 2017 sprach sich Zaev für die Einsetzung einer internationalen Kommission zur Untersuchung der Kumanovo-Gefechte aus. In der überwiegend von Albanern bewohnten mazedonischen Stadt war es im Mai 2015 zu kriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und bewaffneten Gruppen gekommen. Auch mit Serbien bemühte sich die mazedonische Regierung um gutnachbarschaftliche Beziehungen: Am 16. Februar 2018 fand in Skopje eine gemeinsame Kabinettsitzung beider Regierungen statt.

Die „neue Sachlichkeit“ der mazedonischen Regierung stieß auch in Brüssel auf ein positives Echo.³ Am 17. April 2018 empfahl die Europäische Kommission dem Rat der Europäischen Union zum nunmehr neunten Mal in Folge, mit Mazedonien die Verhandlungen über einen EU-Beitritt aufzunehmen.⁴

Besondere Fortschritte machten jedoch die griechisch-mazedonischen Beziehungen. So kündigte Zaev nach einem Treffen mit Tsipras am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos an, den Namen des mazedonischen Flughafens von „Alexander der Große“ in „Internationaler Flughafen von Skopje“ umzubenennen. Ebenso solle der Name der Autobahn, die die mazedonische Hauptstadt mit Griechenland verbindet, von „Alexander der Mazedonier“ in „Straße der Freundschaft“ geändert werden. Die Verwendung des Namens des antiken Herrschers war von Athen seit jeher als eine Provokation und eine Vereinnahmung der griechischen Geschichte betrachtet worden. Durch diese Initiative wurden die Verhandlungen positiv beeinflusst, die beide Seiten unter Führung des UN-Sonderermittlers Matthew Nimetz nach drei Jahren Pause wieder aufgenommen hatten. Nimetz hatte den Konfliktparteien laut Medienberichterstattung fünf verschiedene Namensvorschläge unterbreitet: Republik Neu-, Nord- und Ober-Mazedonien, Republik Mazedonien (Skopje) sowie Republik Vardar-Mazedonien. Im Mai 2018 hatte Zaev mit Republik Ilinden-Mazedonien noch einen weiteren Vorschlag in die Verhandlungen eingebracht. Der Name verweist auf den Ilinden-Aufstand gegen die osmanische Herrschaft von 1903.⁵

Am 12. Juni 2018 verkündeten Tsipras und Zaev schließlich, man habe sich auf den Namen Republik Nord-Mazedonien (Republika Severna Makedonija) geeinigt. Ein entsprechendes Abkommen solle am 17. Juni 2018 im griechisch-mazedonischen Grenzort Psarades unterzeichnet werden. Diese Ankündigung rief jedoch auf beiden Seiten nicht nur positive Reaktionen hervor.⁶ Der griechische Verteidigungsminister Panos Kammenos, dessen rechtspopulistische Partei ANEL (Unabhängige Griechen) Koalitionspartner von Tsipras' Regierungspartei Syriza ist, erklärte, im Parlament gegen das Abkommen zu stimmen. Auch der mazedonische Staatspräsident Gjorge Ivanov kündigte an, eine durch das Abkommen notwendige Verfassungsänderung nicht zu unterstützen.

Weiterführende Literatur

Walter Althammer (Hrsg.): Makedonien. Probleme und Perspektiven eines jungen Staates, München 1999.

Merle Vetterlein: Konfliktregulierung durch power-sharing-Modelle: das Fallbeispiel der Republik Makedonien, Baden-Baden 2010.

3 Thomas Roser: Hoffnung auf Ende des Namensstreits um Mazedonien, in: Deutschen Welle, 14.12.2017.

4 European Commission: 2018 Communication on EU Enlargement Policy, Straßburg, 17. April 2018, KOM(2018)450 endg, S. 12.

5 Vassilis Nedos: Ilindenska Makedonija on cards, in: Kathimerini, 18.5.2018.

6 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Griechenland“ in diesem Jahrbuch.